



Forderungen des GEW Landesverband Hessen zur Landtagswahl 2018 — Aktionsplan Beschluss des Landesvorstandes der GEW Hessen vom 9. und 10.3.2018

Die GEW Hessen fordert ein Sofortprogramm für Bildung mit einem Finanzierungsvolumen von 500 Millionen Euro pro Jahr.

Die GEW Hessen stellt fest, dass in der mittelfristigen Finanzplanung des Landes Hessen für die Jahre 2017 bis 2021 erhebliche finanzielle Spielräume enthalten sind, um die Bildungsausgaben zu erhöhen. **Denn:**

- 1. In Hessen führt die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen im Jahr 2020 zu einem Plus in Höhe von rd. 585 Millionen Euro.)***
- 2. In der Haushaltsplanung des Landes stehen über 1,1 Milliarden Euro in den Jahren 2020/2021 zusätzlich zur Verfügung.**

Dieses Volumen ergibt sich aus der Finanzplanung. Hier sind für die Jahre 2020 und 2021 globale Mindereinnahmen in Höhe von 423 Mio. Euro bzw. 740 Mio. Euro eingestellt. „ (...) Sie (die Landesregierung) trifft damit Vorsorge für bestehende Haushaltsrisiken, wie etwa die Auswirkungen einer möglichen Steuerreform nach der Bundestagswahl 2017 oder die derzeit noch ausstehende Anschlussregelung bei der erhöhten Gewerbesteuerumlage.“)**Im Entwurf zum Koalitionsvertrag zur Bildung einer neuen Großen Koalition im Bund sind jedoch keine Steuersenkungen vorgesehen, die die Länderebene belasten werden.

- 3. Die aktuelle mittelfristige Finanzplanung sieht für die Jahre 2020 und 2021 eine Nettotilgung in Höhe von jeweils 200 Millionen Euro vor.**

Dies wird unter anderem mit der finanzpolitischen Verantwortung für künftige Generationen begründet)***. Aufgrund der Schuldenbremse wird die Schuldenstandsquote – also das Verhältnis von Schulden und Bruttoinlandsprodukt (BIP) – im Laufe der nächsten Jahre sinken. Das heißt, die Tragfähigkeit der Staatsverschuldung wird sich kontinuierlich erhöhen. Darüber hinaus auch noch Tilgungen vorzusehen, ist vollkommen unsinnig, zumal erhebliche Ausgabenbedarfe im Bildungsbereich bestehen.

- 4. Bundesmittel bieten weiteren finanziellen Spielraum**

Außerdem enthält der Koalitionsvertrag von Union und SPD auf der Bundesebene ebenfalls Mittel, die Ländern und Kommunen zufließen sollen. Diese Gelder – zusammen mit dem **aufgelisteten** Ausgabenspielraum in der mittelfristigen Finanzplanung – ermöglichen problemlos

)* Seite 18
)** Seite 33
)*** Seite 29

} Seitenangaben Haushaltsplan des Landes Hessen

eine Steigerung der Bildungsausgaben vom Kita- bis zum Hochschulbereich in Höhe von 500 Millionen Euro pro Jahr.

Die GEW Hessen fordert daher ein „Sofortprogramm für Bildung“ mit einem Finanzierungsvolumen von 500 Millionen Euro pro Jahr. Das „Sofortprogramm für Bildung“ umfasst den Schulbereich, den qualitativen Ausbau der Kindertagesstätten und der Hochschulen.

- Für die Schulen in Hessen fordert die GEW Hessen, angesichts des gravierenden Lehrermangels an den Grundschulen im Kontext ihrer Kampagne „**A 13 für alle!**“ die Bezahlung der Grundschullehrkräfte auf das Niveau A 13 anzuheben. Das Hessische Kultusministerium hat hierfür im August 2017 ein notwendiges Ausgabevolumen in Höhe von **70 Millionen Euro** beziffert.
- Die hohe Belastung durch vielfältig gestiegene Anforderungen an die Lehrkräfte ist in vielen Überlastungsanzeigen zum Ausdruck gekommen. Die GEW Hessen nimmt dies zum Anlass, eine **Neubewertung der Lehrkräftearbeitszeit** einzufordern und im ersten Schritt die überfällige **Anpassung der Pflichtstundenzahl an die tarifliche Arbeitszeit noch im Jahr 2018** vorrangig vorzunehmen. Die **Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung um eine halbe Pflichtstunde** wird von der GEW Hessen mit Kosten in Höhe von **60 Millionen Euro** beziffert. Zur **sofortigen Entlastung** der Lehrkräfte sind aber auch **die Schuldeputate** und hier besonders die Entlastungstunden für Mentorinnen und Mentoren wieder anzuheben. Die dafür benötigten Mittel beziffert die GEW Hessen **mit 20 Millionen Euro**.

Die GEW Hessen fordert 100 Millionen Euro Sofortprogramm für den Ausbau echter Ganztagschulen und die Verwirklichung von echter Inklusion!

Dabei können auch hier Bundesmittel aufgestockt werden. Im Koalitionsvertrag auf Bundesebene sind für die Ganztagsbetreuung 2 Milliarden Euro für die Jahre 2018 bis 2021 enthalten. Auf Hessen würden hiervon etwa 140 Millionen Euro entfallen, das wären pro Jahr 35 Millionen Euro.

Hintergrund für diese Forderung sind gestiegene Schüler*innenzahlen ebenso wie zunehmend neue Problemlagen, mit denen sich Schulen konfrontiert sehen. Der Zerfall der klassischen Familienstrukturen schreitet voran: Die Anzahl der Elternteile, die ihr Kind alleine erziehen, wächst. Gleichzeitig steigt auch der Anteil der berufstätigen Eltern. Die oft beengten Wohnverhältnisse, geringe Spiel- und Entfaltungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche insbesondere in den Ballungsräumen sowie verschiedenste Einflüsse durch elektronische Medien wirken massiv in den Schulalltag hinein. Auch werden Erziehungs- und Betreuungsaufgaben zunehmend auf die Schulen verlagert.

Steigende Schüler*innenzahlen sind keine vorübergehende Erscheinung, die nur auf die Zuwanderung geflüchteter Menschen oder Arbeitsmigration zurückzuführen sind. Die Geburtenrate in Hessen steigt seit 2009 kontinuierlich an. Der Trend zu steigenden Schüler*innenzahlen wird länger anhalten. Gleichzeitig kommen neue Anforderungen auf die Schulen zu, die bewältigt werden müssen, um alle Schülerinnen und Schüler möglichst gut zu fördern und sie auf ihr Leben vorzubereiten. Zur Erfüllung der Aufgaben:

- Verwirklichung echter Inklusion
- Verwirklichung echter gebundener Ganztagschulen
- Individualisierung des Lernens, neue Unterrichts- und Differenzierungsformen

- Integration der Seiteneinsteigerinnen und -einstiegern in den Schulen – nicht nur der Geflüchteten, sondern in hohem Maße auch von Kindern von Arbeitsmigrantinnen und -migranten aus der EU
- Deckung des größeren Beratungs-, Betreuungs- und Koordinationsbedarf über den Unterricht hinaus

fordert die GEW Hessen

- verstärkte Anstrengungen, mehr Lehrkräfte auszubilden – sprich Ausbau der Ausbildungskapazitäten an den Universitäten und Studienseminaren bis hin zur doppelten Anzahl der angebotenen Lehramtsstudienplätze
- Sicherstellung der Professionalität der Lehrkräfte auch unter den Bedingungen des gravierenden Lehrkräftemangels im Interesse der Schüler*innen. Die GEW Hessen fordert den Ausbau von gezielten und qualifizierten Ausbildungsprogrammen für geeignete Seiteneinsteiger*innen in den Lehrer*innenberuf analog zur regulären Lehrerbildung der Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst (LiV).
- verstärkte Fortbildungen der Lehrkräfte – nicht nur im Hinblick auf die Digitalisierung
- Ausbau der Unterstützungssysteme durch Schulsozialarbeit in Verantwortung des Landes Hessen.

Qualitativer Ausbau der Kindertagesstätten in Hessen – Fachkraft-Kind-Relation verbessern!

Für den Elementarbereich sind im Koalitionsvertrag als größter Posten im Bereich Bildung 3,5 Milliarden Euro im Kita-Bereich vorgesehen, und zwar zum Ausbau des Angebots und zur Steigerung der Qualität (2019: 0,5 Milliarden Euro, 2020: 1 Milliarde Euro, 2021: 2 Milliarden Euro).

Auf Hessen dürften bezogen auf den Bevölkerungsanteil im Jahresdurchschnitt rund 80 Millionen Euro entfallen (2019: ca. 35 Millionen Euro, 2020: ca. 70 Millionen Euro, 2021: ca. 140 Millionen Euro).

Die GEW Hessen fordert darüber hinaus zusätzliche Mittel des Landes in Höhe von 100 Millionen Euro pro Jahr.

Mit diesen Mitteln sollten bis zum Jahr 2021 – ausgehend von den aktuellen Personalschlüsseln – rund 3.500 Erzieherinnen und Erzieher eingestellt werden. Damit würde sich Hessen dem pädagogisch empfohlenen Personalschlüssel im Kita-Bereich sowohl im u3- als auch im ü3-Bereich annähern. In den Jahren im Anschluss an die mittelfristige Finanzplanung sollte die Zahl der zusätzlichen Stellen verdoppelt werden, um diese Empfehlung zu erreichen.

Die Zukunft der Hessischen Hochschulen sichern

Im Rahmen eines Sofortprogramms der Landesregierung müssen 150 Millionen Euro den Grundbudgets der hessischen Hochschulen zugeführt werden, um diese für die Zukunft aufzustellen. Vordringlich sind diese für folgende Teilbereiche einzusetzen:

- **Zusätzliche Studienplätze, Betreuung der Studierenden garantieren (98 Millionen Euro)**

Lehrkräftemangel, zu wenig Ärzt*innen: Nicht nur der Fachkräftemangel, sondern vor allem auch die Bildungswünsche junger Menschen in Hessen machen eine Erhöhung der Ausbildungskapazitäten an Hochschulen zur dringenden landespolitischen Aufgabe. Aber schon jetzt haben sich die Betreuungsrelationen drastisch verschlechtert, 60 oder mehr Studierende pro Seminar sind die Regel, individuelle Betreuung durch Lehrende oder die Verwaltung ist kaum noch möglich. Um eine Erhöhung der Studienplätze in Angriff nehmen zu können, müssen umgehend 1.000 zusätzliche Stellen geschaffen werden. Bei einer Einstellung von 600 wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen, 200 zusätzlichen Professuren, 200 Verwaltungsmitarbeiter*innen und 50 Fachkräfte für die Gebäudetechnik belaufen sich nach der gültigen Personalkostentabelle die notwendigen Mehrkosten auf 97,8 Millionen Euro.

- **Mehr Zeit für gute Lehre (52 Millionen Euro)**

Neben der Anzahl der Beschäftigten ist die verfügbare Zeit entscheidend für eine gute Qualität forschenden Lehrens und Lernens. Grundsätzlich muss die Lehrverpflichtung auf Basis der real notwendigen Lehrzeit neu bewertet werden, so dass angemessene Vor- und Nachbereitungszeiten berücksichtigt werden. Dies ist eine zentrale Herausforderung eines neuen Wissenschaftsministeriums. Bis dahin muss die Lehrpflicht für Lehrkräfte für besondere Aufgaben an Hochschulen für angewandte Wissenschaften auf 20 SWS reduziert und für alle anderen Lehrenden analog zum Schuldienst um eine halbe Stunde verkürzt werden. Dies verursacht unmittelbar für das Jahr 2019 zusätzliche Kosten in Höhe von 52 Millionen Euro.

- **Entfristungen in Lehre und Verwaltung (unmittelbar keine Kosten, ab 2030 zusätzliche Personalmittel)**

Rund 85 Prozent der etwas mehr als 10.000 wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen in Hessen sind befristet angestellt; auch in der Verwaltung ist ein deutlicher Trend zu Befristungen zu beobachten. Dies ist mit massiven negativen Konsequenzen für die Qualität von Forschung, Lehre und Verwaltung sowie für die Lebens- und Karriereplanung der Beschäftigten verbunden. In einem ersten Schritt müssen deshalb hessenweit 2.000 bereits existierende Stellen mit Daueraufgaben in Lehre, Forschung und Wissenschaftsmanagement (EG 13) entfristet werden. Dies macht langfristig aufgrund der Stufenaufstiege über 12 Jahre Beschäftigung etwa ab dem Jahr 2030 schrittweise jährliche Mehraufwendungen eines mittleren zweistelligen Millionenbetrages nötig. Hinzu kommen 1.000 Entfristungen in der Verwaltung (EG 9) mit ebenfalls langfristigen jährlichen Mehrkosten eines niedrigen, zweistelligen Millionenbetrages.

Verschleiß der öffentlichen Infrastruktur auf Grundlage einer angemessenen Besteuerung privaten Reichtums stoppen. Wir wollen Schulen, in die alle gerne gehen!

Um die öffentliche Infrastruktur in Deutschland ist es nicht gut bestellt. Aufgrund der Schuldenbremse und einer unzureichenden Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen fehlen der öffentlichen Hand die Mittel, um Straßen, Schulen Krankenhäuser usw. in einem sachgerechten Zustand zu halten.

Ein besonders hoher Investitionsstau besteht im Bildungsbereich: Nach dem aktuellen Kommunalpanel der *Kreditanstalt für Wiederaufbau* (KfW) beläuft sich der Investitionsrückstand im Bereich Schule (inklusive Erwachsenenbildung) auf fast 33 Milliarden Euro. Im Hochschulbereich liegt der Investitionsstau mit 47 Milliarden Euro laut Angaben der Kultusministerkonferenz sogar noch höher, wobei hier 12 Milliarden Euro auf die Universitätsklinika entfallen. Auch in Hessen ist ein erheblicher Inves-

titionsstau auszumachen. Gerade für den Schulbereich ist dies im Laufe der jüngeren Vergangenheit von der GEW Hessen für zahlreiche Kommunen belegt worden.

Dem Verfall des öffentlichen Vermögens steht ein steigendes privates (Netto-)Vermögen in Höhe von rund 9 Billionen Euro gegenüber. Hiervon konzentrieren sich mehr als 60 Prozent bei den reichsten zehn Prozent der Bevölkerung. Diese extrem ungleiche Vermögensverteilung sollte durch eine veränderte Steuerpolitik korrigiert werden – zu denken ist hier in erster Linie an die Wiedererhebung der Vermögenssteuer, aber auch an eine höhere Besteuerung von hohen Erbschaften. Das Aufkommen aus beiden Steuern fließt in die Kassen der Bundesländer. Auf Grundlage der so zu erzielenden Mehreinnahmen sollte dann auch der erhebliche Investitionsstau im Bereich der öffentlichen Infrastruktur aufgelöst werden: Dringend erforderlich ist eine langfristige Steigerung der staatlichen Investitionen, damit die Bauwirtschaft ihre Kapazitäten anpasst. Erforderlich ist auch zusätzliches Personal in der öffentlichen Bauverwaltung, da hier in vielen Kommunen ein Engpass besteht.

Von der neuen Landesregierung erwarten wir die Festlegung gesetzlicher Mindeststandards bezüglich der Einrichtung und Ausstattung von Schulgebäuden, orientiert an zeitgemäßen pädagogischen und ökologischen Anforderungen. Ziel ist es, dass alle hessischen Schulen räumliche, ausstattungs- und flächenmäßige Mindestanforderungen erfüllen.

Aktionsplan

Um ihren Forderungen im Wahljahr größtmöglichen Nachdruck zu verleihen, hat die GEW Hessen folgenden Aktionsplan beschlossen:

Auftaktaktionen zur Landtagswahl 2018 – regionale Aktionstage im Rahmen der

Kampagne „Bildung braucht bessere Bedingungen“

Zeitraum vom **23. Mai bis 25. Mai 2018.**

Die GEW Hessen führt auch 2018 regionale Aktionstage im Rahmen der Kampagne „Bildung braucht bessere Bedingungen!“ durch. Die regionalen Aktionstage waren 2017 durch ihre kreative Vielfalt sehr öffentlichkeitswirksam und haben die Forderungen der GEW breit in die Fläche getragen. Mit niedrigschwelligen Angeboten (s.u. Transparente) können sich auch Schulen direkt an den Aktionstagen beteiligen.

Regionale Personalräte/Aktionskonferenzen im August 2018

In der Zeit vom 21. August bis 23. August 2018 führt die GEW Hessen vier regionale Personalräte- und Vertrauensleutekonferenzen durch, die ebenfalls in Resolutionen die Forderungen an die neue Landesregierung in die Öffentlichkeit tragen. Auch sie sollen einer breiteren Mobilisierung für die Demonstrationen dienen.

Die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte, die Forderung nach „Neubewertung der Lehrkräftearbeitszeit“ mit Darstellung der niedersächsischen Studie, Arbeitszeitverkürzung um eine halbe Pflichtstunde gemäß Tarifvertrag sowie die Frage einer eigenen hessischen Untersuchung zur Belastungssituation sollen Thema der Konferenzen sein.

Zentraler Aktionstag der GEW Hessen am Samstag, dem 22. September 2018

Die GEW Hessen wird am zentralen Aktionstag am 22. September ihren Forderungen aus dem Sofortprogramm für Bildung durch eine oder ggf. zwei zeitgleiche Demonstrationen (Frankfurt und Kassel) Nachdruck verleihen. Die GEW ruft hierzu Eltern, Schülerinnen und Schüler, Studierende und befreundete fortschrittliche Organisationen auf, sich aktiv zu beteiligen.

Weitere Aktions- und Handlungsmöglichkeiten (z.B. Veranstaltungen mit Landtagsabgeordneten) im Vorfeld der Wahlparteitage am:

Linke: 10. März, FDP: 28. April, Grüne: 2. Juni, SPD: 9. Juni, CDU: 25. August.

Darüber hinaus unterstützt die GEW Hessen die Aktivitäten und zentralen Aktionen des DGB Hessen-Thüringen.

Nach den Landtagswahlen wird die GEW Hessen im Frühjahr 2019 einen zentralen Bildungskongress zum Regierungsprogramm der neuen Landesregierung durchführen.